Heute Hongkong, morgen Taiwan?

Deng Xiaoping, der alte weise Mann der Volksrepublik China, wollte die Vereinigung mit dem Inselstaat Republik China (Taiwan) mit seinen 23 Millionen Einwohnern eigentlich bis 1990 abgeschlossen haben. Dabei lehnte er es ab, Gewalt auszuschliessen, doch vor einem direkten militärischen Konflikt schreckte er zurück.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Da Peking bei der jetzt erfolgten Einverleibung Hongkongs auf keinen nennenswerten Widerstand des Auslandes stiess, werden sich die Führer der KP Chinas bestärkt fühlen, weitere Fakten zu schaffen in Form einer auch kriegerischen Eroberung Taiwans. Obwohl dieses niemals zur Volksrepublik China gehörte, sieht Peking sie als «abtrünnige Provinz», als «festen Bestandteil Chinas». Jegliche Verhandlungen darüber sowie über den jetzigen Status quo lehnen die Machthaber in Peking schroff ab. Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen fordert als deren Voraussetzung die Demokratisierung des kommunistischen Riesenreichs sowie die Beendigung der Gewaltdrohungen. Obwohl der Inselstaat faktisch unabhängig ist und über 80 Prozent der jüngeren Menschen dies auch offiziell einfordern, geht sie diesen Schritt nicht; Peking würde dies als «ultimative Provokation» und als Kriegserklärung werten. Da eine friedliche Verständigung unmöglich erscheint, erhöht Peking auf verschiedenste Weise den Druck auf Taipeh. Ohnehin ist man dort zu sechzig Prozent wirtschaftlich von Festland-China abhängig (umgekehrt ist dieses in seiner Spitzentechnik von Taiwan). Die häufigen Verletzungen des Luftraumes Tai-

Hongkong und Taiwan. Bild: ZDF

USS Nimitz und USS Ronald Reagan mit vier weiteren Kriegsschiffen am 4. Juli 2020 im Südchinesischen Meer.

Die USA hat am 4. Juli als Zeichen der Stärke gegenüber China die zwei Flugzeugträger USS Ronald Reagan und USS Nimitz ins Südchinesische Meer befohlen. «Damit wollen wir unseren Partnern und Verbündeten ein unmissverständliches Signal senden, dass wir uns der regionalen Sicherheit und Stabilität verpflichtet fühlen» (Konteradmiral George Wikoff). An der Übung nehmen vier weitere Kriegsschiffe teil.
Am Vortag hatte das US-Verteidigungsministerium Sorge angesichts einer mehrtägigen Militärübung Chinas nahe den Paracel-Inseln geäussert. Washington warf der Führung in Peking vor, das Südchinesische Meer zunehmend zu militarisieren.
Die Beziehung zwischen China und USA ist höchst angespannt. Die US-Regierung macht der Führung in Peking schwere Vorwürfe wegen des Umgangs mit der Corona-Pandemie. Es gibt allerdings zahlreiche andere Streitpunkte zwischen den grössten Volkswirtschaften der Welt, darunter das restriktive Sicherheitsgesetz Pekings für die eigentlich autonome Metropole Hongkong. *Sch*

Bild: US Navy

wans, das Auftauchen von Flugzeugträgern in der Formosastrasse und Cyberwar-Attacken sind nicht zu übersehende militärische Drohungen.

Angriffskrieg?

Das Verteidigungsministerium in Taipeh rechnet mit einem Angriffskrieg der Volksbefreiungsarmee Pekings. Dass ein solcher in Kürze erfolgt, ist indes eher zu verneinen: Einmal muss Hongkong der Volksrepublik in jeder Weise angeglichen werden, man hat zudem die durch das Coronavirus entstandenen Schäden zu minimieren, und wird die Wahlen in den USA abwarten in der – gewiss trügerischen – Hoffnung, der neue Präsident werde in der Taiwanfrage weniger hart sein als der jetzige. Gefährlich könnten die Sommermonate 2021 mit dem hundertsten Geburtstag der Kommunistischen Partei Chinas sein; bis dahin will Präsident Xi Jinping die 50 Millionen Arbeitslosen und Wanderarbeiter abgeschafft haben, was nach jetzigem Sachstand nahezu unmöglich erscheint. Um notwendige Erfolge vorweisen zu können, könnte er – bei seiner grösseren Machtfülle als einst Mao Tsetung (aber auch mit Rivalen) – die Taiwanfrage zu lösen versuchen, ist die Vereinigung doch für ihn die «unausweichliche Voraussetzung» für die «grosse Erneuerung Chinas». Bei seiner militärischen Intervention hofft Peking auf einen äusserst kurzen Krieg. Nach dem Verteidigungsministerium Taiwans würden seine 290 000 Soldaten selbständig «einen Monat» durchhalten, wobei das Schwergewicht auf seiner Lufthoheit über Taiwan liegt. Die Streitkräfte sind mit modernsten amerikanischen Waffen ausgerüstet. Es gibt eine erweiterte Zusammenarbeit mit US-Truppen, in den Häfen der Insel liegen Kriegsschiffe der US-Navy.

Chiang Kai-shek grüsst Dr. Schlomann (links). Bild: Autor

Innert dieser Monatsfrist rechnet man mit einem militärischen Eingreifen Washingtons. Nach dem 1979 abgeschlossenen Taiwan Relation Act verpflichteten sich die vereinigten Staaten, dem Inselstaat beizustehen, wenn dessen Sicherheit bedroht ist. Aus neuerer Zeit verlautet, dass jegliche Versuche, Taiwan «mit anderen Mitteln als friedlich» zu erreichen, würden die USA mit «schwerer Besorgnis» sehen. Diese, allerdings vage Formulierung, wertet man als militärischen Beistand im Falle eines Angriffes. Indes sind diese Worte aus Washington nicht unumstritten; hohe US-Militärs sehen in einem solchen Vorgehen Pekings einen direkten Kriegsfall, während Diplomaten eine Minimierung der militärischen Unterstützung Taiwans und eine politische Lösung mit Peking anstreben.

Natürlich könnten die präzisen Langstreckenraketen der Volksrepublik in der ersten Stunde des Krieges fast alle Stützpunkte der nordamerikanischen Streitkräfte unbrauchbar machen, um einen «Fait-accompli»-Sieg zu erreichen, bevor die US-Truppen antworten können. Dass dies einen vernichtenden Gegenschlag der USA zur Folge hätte, wird man in Peking sicherlich wissen.

Vielleicht wird schon bald die Zukunft beweisen müssen, ob Xi Jinping in seiner Machtgier wirklich den letzten Schritt wagen wird und ob andererseits der US-Präsident sich an die eingegangenen Verpflichtungen der USA gebunden fühlt. Sollte Washington indes, wie im Falle Hongkongs, untätig bleiben, wäre dies geopolitisch ein Abschied von Asien und machtpolitisch von seiner Position als erste Weltmacht. ■

Friedrich-Wilhelm Schlomann
Dr. iur utriusque
D-53639 Königswinter

Taiwan Relations Act

(Public Law 96-8, enacted 10.04.1979); Auszug

Findings and Declaration of Policy

The President, having terminated governmental relations between the United States and the governing authorities on Taiwan, recognized by the United States as the Republic of China prior to January 1, 1979, the Congress finds that the enactment of this Act is necessary to help maintain peace, security, and stability in the Western Pacific; and to promote the foreign policy of the United States by authorizing the continuation of commercial, cultural, and other relations between the people of the United States and the people on Taiwan.

It is the policy of the United States

- to preserve and promote extensive, close, and friendly commercial, cultural, and other relations between the people of the United States and the people on Taiwan, as well as the people on the China mainland and all other peoples of the Western Pacific area;
- to declare that peace and stability in the area are in the political, security, and economic interests of the United States, and are matters of international concern;
- to make clear that the United States decision to establish diplomatic relations with the People's Republic of China rests upon the expectation that the future of Taiwan will be determined by peaceful means;
- to consider any effort to determine the future of Taiwan by other than peaceful means, including by boycotts or embargoes, a threat to the peace and security of the Western Pacific area and of grave concern to the United States;
- to provide Taiwan with arms of a defensive character; and
- to maintain the capacity of the United States to resist any resort to force or other forms of coercion that would jeopardize the security, or the social or economic system, of the people on Taiwan.

Nothing contained in this Act shall contravene the interest of the United States in human rights, especially with respect to the human rights of all the approximately eighteen million inhabitants of Taiwan. The preservation and enhancement of the human rights of all the people on Taiwan are hereby reaffirmed as objectives of the United States.